
**Grundsatzprogramm
des
AfD-Kreisverbandes
Main-Kinzig-Kreis**

Kommunalwahl 2021



Präambel	1
1 Leben im Main-Kinzig-Kreis	4
1.1. Gesundheitswesen und Soziales	
1.2 Landwirte / Landwirtschaft	
1.3 Innere Sicherheit	
1.4 Digitalisierung	
1.5 Verkehr	
1.6 Straßenbeiträge	
1.7 Vereine	
1.8 Wohnungspolitik	
1.9 Ver- und Entsorgung	
2.Finanzen	15
2.1 Kreisfinanzen	
2.1.1 Kreisumlage	
2.1.2 Schulen	
2.1.3 Main-Kinzig-Kliniken	
2.1.4 Förderung Wohnungsbau	
2.2 Beteiligungen des Kreises	
3. Energiewene	19
3.1 Windkraft	
3.2 Engagement des Kreises in PV und anderen „alternativen“ Energieprojekten	
4. Naturschutz versus Klimaschutz	22
4.1 Biodiversität	
4.2 Tierschutz	
4.3 Jagd	
4.4. Wolfe	
5. Wirtschaft im MKK	26
5.1 Einzelhandel, Mittelstand und Handwerk	
5.2 Entwicklung ländlicher Raum	

Präambel

Bei der Kommunalwahl am 14. März 2021 möchte der AfD-Kreisverband mit einem neuen starken Team in den kommenden Jahren wieder politische Akzente setzen. Es geht aber auch um Themen, die weit über den Einflussbereich des Main-Kinzig-Kreises hinausgehen. Denn für viele Menschen im Main-Kinzig-Kreis sind - wie in ganz Deutschland - gerade überregionale Themen von großer Wichtigkeit.

Bereits vor der Gründung der Alternative für Deutschland waren die Bestrebungen der Altparteien einen europäischen Zentralstaat zu schaffen und somit Deutschland als Nationalstaat aufzulösen für viele Menschen ein völlig unakzeptables Ziel. Die Einführung des Euro als gemeinsame Währung und die damit verbundenen Folgen führten zur Gründung der AfD.

Trotz aller Proteste aus der Bevölkerung und guter Wahlergebnisse der AfD wurden diese Bestrebungen bisher unvermindert fortgeführt. Gigantische Eurobeträge wurden seit der Finanzkrise 2008/2009 durch die Europäische Zentralbank in den europäischen Finanzmarkt gepumpt. Jetzt wird die Corona-Krise missbraucht, um diesen Finanztransfer weiter aufzublähen. Deutschland - und damit überwiegend die deutsche arbeitende Bevölkerung - ist der größte Gläubiger für diese, auf Pump, ausgezahlten Geldmengen. Den kritischen Bürgern ist klar, dass diese Schulden nie zurückgezahlt werden. Entgegen geltender Verträge, dass in der Eurozone kein Staat für die Schulden eines anderen Staates haften darf, wird dieses Prinzip permanent verletzt. Die AfD wird sich weiterhin mit aller Kraft gegen diese Politik einsetzen.

Wegen der von Kanzlerin Merkel forcierten Migrationspolitik kommen seit 2015 Millionen von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen nach Deutschland. Unsere eigene Kultur wird zunehmend infrage gestellt. Viele Menschen in unserem Land empfinden das zu Recht als Bedrohung. Dazu wird ein starker

politischer und medialer Druck auf die einheimische Bevölkerung ausgeübt, die mit der Migration verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen uneingeschränkt zu akzeptieren.

Wer mit offenen Augen die Politik in unserem Land verfolgt, wird feststellen, dass vor allem linksgerichtete Parteien deutsche Traditionen, kulturelle Errungenschaften und sogar die deutsche Geschichte infrage stellen. Diese Politik der Unterdrückung alles „Deutschen“ wurde in den letzten Jahren durch die Protagonisten der Altparteien immer weiter forciert. Die Kritiker dieser Politik werden diskreditiert und als Feinde der Demokratie verunglimpft. Alle Argumente sollen im Keim erstickt werden. Die AfD ist die einzige politische Kraft in Deutschland, die sich gegen diese Entwicklung einsetzt und auf Dauer eine Änderung erreichen kann.

Neben diesen beiden Themen gibt es viele weitere politische Bestrebungen durch die Vertreter der etablierten Parteien, gegen welche die AfD opponiert. Dazu gehören die geradezu krampfhaften oder grotesken Anstrengungen, die sogenannte „Gender Sprache“ in den allgemeinen Sprachgebrauch zu zwingen. Verbunden damit sind die Anstrengungen unter der Überschrift „Gleichberechtigung der Frau“ eine Gleichmacherei der Geschlechter zu erzwingen. Die Opfer sind unsere durch das deutsche Grundgesetz geschützten Familien. Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft und ein stabiler Staat braucht stabile Familien. Sie sind der Dreh- und Angelpunkt unseres Lebens. Deren Bestand und Pflege ist die Grundlage für die künftige Existenz unseres Volkes. Es ist bezeichnend, dass über die traditionelle Unterdrückung von Frauen, vor allem unter den islamischen Migranten, weitgehend hinweggesehen wird. Eine deutliche Änderung dieser Politik muss durch die AfD vor allem im Bundestag und in den Landesparlamenten durchgesetzt werden.

Diese politischen Bestrebungen haben direkt und indirekt auch auf der kommunalen Ebene deutliche Auswirkungen. Das Programm einer starken AfD-Fraktion im neuen Kreistag

trägt diesen Umständen Rechnung. Neben diesen übergeordneten Themen gibt es viele weitere Themen, die für die Bürgerinnen und Bürger im täglichen Leben von großer Wichtigkeit sind. Unsere Erfahrung aus inzwischen fünf Jahren kommunalpolitischer Arbeit zeigt eine „Verfälschung“ der wirkenden politischen Kräfte im Kreis. CDU und SPD haben in unterschiedlichen Bündnissen vor allem auf Ihren Machterhalt geachtet. Diese Politik steht im groben Widerspruch zu dem Demokratieverständnis, das durch unsere Gesetze festgeschrieben ist. Das Festhalten an diesen Seilschaften führt zu Schäden für uns alle. Mit dem vorliegenden Wahlprogramm macht die Alternative für Deutschland im Kreis deutlich, dass sie hier durch ihre Arbeit deutliche Veränderungen herbeiführen möchte.

1. Leben im Main-Kinzig-Kreis

1.1 Gesundheitswesen und Soziales

Die AfD im Main-Kinzig-Kreis bekennt sich grundsätzlich dazu, die Main-Kinzig-Kliniken als kreiseigene GmbH als zentrales Gesundheitszentrum weiter zu unterstützen und zu erhalten. Im Verlauf der noch andauernden Corona-Epidemie hat sich häufig gezeigt, dass gut geführte kommunale Krankenhäuser die mit der Epidemie verbundenen Aufgaben besser bewältigen können als private Häuser. Die dort stärker ökonomisch gesteuerte Ausrichtung der medizinischen Versorgung, mit dem Zwang zu Einsparungen, hat letztlich auch Einfluss auf den Einsatz medizinischer Leistungen.

Die Erfahrung vieler Patienten zeigt, dass für die ärztliche Grundversorgung im Kreisgebiet die Main-Kinzig-Kliniken und die Hanauer Krankenhäuser nicht ausreichend sind. Lange Wartezeiten in den Patientenaufnahmen und auf freie Termine, auf die teilweise monatelang gewartet werden muss, werden dem Anspruch einer modernen medizinischen Versorgung nicht gerecht.

Eine der Ursachen für diese Problematik ist die ärztliche Versorgung im ländlichen Bereich. Die AfD wird sich daher für eine leistungsfähige, flächendeckende und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Bürger einsetzen. Wir möchten sicherstellen, dass auch ländliche Regionen medizinisch gut versorgt sind und sich dort wieder mehr Ärzte niederlassen. Um das zu erreichen müssen hier weitere und vor allem wirkungsvolle Anreize geschaffen werden. Wir fordern eine engere Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung als Vergabestelle von Landarztsitzen, mehr Flexibilität bei Einzelfallregelungen sowie lokale Lösungsmodelle.

Die AfD unterstützt die ganzheitliche Betrachtung und Behandlung des Patienten. Alternative Behandlungsmethoden

können bei Einhaltung von zu definierenden Qualitätsstandards eine sinnvolle Ergänzung zur herkömmlichen Medizin darstellen. Für die Erbringer solcher Leistungen sollen Anreize geschaffen werden, sich im Main-Kinzig-Kreis niederzulassen.

Wir möchten durch finanzielle und strukturelle Angebote den Berufsstand der freiberuflichen Hebammen unterstützen und die Chancen auf eine Subventionierung bei Haftpflichtversicherungen prüfen. Hebammen können eine individuelle und persönliche Betreuung während der Schwangerschaft und in der ersten Zeit danach sicherstellen. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Weiterhin sprechen wir uns für den Erhalt von Geburtshilfestationen in den Main-Kinzig-Kliniken aus.

1.2 Landwirte / Landwirtschaft

Unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe müssen wieder in die Lage versetzt werden, von ihrem Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien zu sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihrer Betriebe zu tätigen. Die EU - Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie bürokratische Überreglementierungen sind Schritt für Schritt zurückzufahren. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden.

Die AfD ist davon überzeugt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht zu produzieren. Anzustreben ist eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie marktgerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte.

Regionale Betriebe dienen nicht zuletzt auch dem Tierwohl: Die Landwirtschaftspolitik der 60er Jahre „wachsen oder weichen“ führte zur Aufgabe vieler kleinerer Bauernhöfe und damit zur nicht artgerechten Massentierhaltung. Überzogene EU

- Vorschriften führten zur Schließung vieler lokaler Schlachthöfe und damit zu qualvollen Transporten von Schlachttieren über große Distanzen.

Die AfD steht dafür ein, die regionalen Kleinbetriebe und Kleintierhaltungen zu stärken und nach Möglichkeit Regularien abzubauen. Sie unterstützt in enger Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion der AfD in Wiesbaden die Förderungen lokaler Schlachthöfe und landwirtschaftlicher Betriebe. Dazu gehört u.a. die Erlaubnis, alte Saatgut-Kultursorten lizenzfrei vermehren zu können, denn alte Kultursorten gehören zum kollektiven Eigentum aller Menschen. Dennoch müssen hohe Gebühren für die Anmeldung uralter Sorten gezahlt werden, wenn diese vermarktet werden sollen. Diese Klausel im Saatgutverkehrsgesetz schützt große Konzerne vor der Konkurrenz durch Kleinbetriebe und muss daher aufgehoben werden.

Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten (dazu mehr in Abschnitt 4). Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen.

Unsere Landwirte, die von uns allen am engsten mit der Natur arbeiten wissen das, werden aber durch unsinnige EU - Vorschriften und durch Subventionen, ohne die sie nicht mehr überleben können, in ihrem Handlungsspielraum stark eingeschränkt.

1.3 Innere Sicherheit

Die AfD hat sich seit ihrer Gründung stets dafür eingesetzt, die innere Sicherheit der Bürger unseres Landes zu erhalten und zu verbessern. Das gilt auch für die AfD im Main-Kinzig-Kreis.

Entscheidend für eine erfolgreiche Politik zur inneren Sicherheit ist, dass die vorhandenen und die in erschreckendem Maß zunehmenden Probleme objektiv und ohne ideologische Verblendung benannt und bekämpft werden. Auch für die

Menschen im Main-Kinzig-Kreis ist es wichtig, dass jedwede Angriffe auf Personen und Sachen verfolgt und geahndet werden, auch und gerade, wenn es sich um einen politischen Hintergrund handelt. Es ist ein selbstverständliches Ziel der AfD, dass sich jeder Bürger an jedem Ort, auch im öffentlichen Raum, sicher fühlen kann.

Die AfD wird sich insbesondere dagegen einsetzen, dass Amokläufe von Einzeltätern und ähnliche Verbrechen zum Vorwand genommen werden, Schützenvereine, Jäger und Menschen, die sich selbst schützen wollen (kleiner Waffenschein) unter Generalverdacht gestellt werden. Die AfD setzt sich konsequent gegen die noch weitere Verschärfung der ohnehin sehr strengen Waffengesetze ein. Sie wird sich insbesondere gegen Alleingänge des Main-Kinzig-Kreises in dieser Hinsicht stark machen.

1.4 Digitalisierung

Mittlerweile kommen außer den Diensten des Internets auch das Fernsehen und das Telefon über das Internet ins Haus. In der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig schnelle und zuverlässige Internetanbindungen von Haushalten, Betrieben und öffentlichen Stellen sind. Die AfD fordert ein ambitioniertes und umfassendes digitales Ausbauprogramm für alle Städte und Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis. Dazu gehört auch die Ausrüstung der Schulen mit modernen Kommunikationsmitteln im Rahmen des Digitalpaktes.

Gleichzeitig nimmt die AfD die Sorgen um gesundheitliche Schäden der Bürger durch das immer dichtere Netz von Funkmasten ernst. Das gilt insbesondere für den geplanten Ausbau des 5G Netzes.

Die AfD wird sich daher für den geplanten flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes (FTTH) für alle Haushalte, Betriebe und öffentliche Stellen im städtischen und ländlichen Raum einsetzen.

Die AfD wird

- den fortschreitenden Ausbau des 5G Netzes im Hinblick auf gesundheitliche Risiken permanent durch wissenschaftliche Untersuchungen begleiten.
- sich gegen die Idee einsetzen, den Main-Kinzig-Kreis zur einer 5G Modellregion zu machen, wie es von den Grünen gefordert wird.
- sich für mehr Einbeziehung der Bürger in den Gemeinden einsetzen, in denen der Mobilfunk, insbesondere 5G, installiert werden soll.

1.5 Verkehr

Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die AfD setzt sich für eine vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Verkehrspolitik ein. Dabei muss sowohl den Bürgern und der Wirtschaft als auch der Verkehrssicherheit und dem Umweltschutz Rechnung getragen werden. Die AfD setzt sich daher für eine Verkehrsplanung ein, die sowohl dem Radverkehr, den Fußgängern als auch dem Autoverkehr jeweils genügend Platz bereitstellt und Konflikte zwischen den Verkehrsträgern möglichst vermeidet. Eine rein ideologisch motivierte Verkehrspolitik lehnt die AfD ab.

Für den Main-Kinzig-Kreis setzt sich die AfD für ein integriertes Verkehrskonzept ein, das die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Dabei muss klar unterschieden werden zwischen den Anforderungen im ländlichen Raum und der Situation in den Ballungsgebieten in und um Hanau.

Während im innerstädtischen Bereich die Benutzung von Fahrrädern gefördert werden sollte, ist im ländlichen Raum die Benutzung von Kraftfahrzeugen unverzichtbar, insbesondere, wenn der ÖPNV nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung steht. Ein solches abgestimmtes Verkehrskonzept beinhaltet

- sichere Radwege, ausreichend Abstellplätze für Fahrräder und Fahrradboxen an ausgewählten Standorten wie Bahnhöfen, Schulen und an zentralen Stellen - vor allem für den städtischen Bereich.
- für den ÖPNV ein dichtes Netz von Buslinien mit bedarfsgerechten Taktungen, Haltestellen mit Leit- und Fahrgastinformationssystemen und mit der Deutschen Bahn und dem RMV abgestimmte Fahrpläne.
- einen systematischen Ausbau und Pflege der Kreisstraßen, idealerweise mit angrenzenden Fahrradwegen.
- den Ausbau des Fahrradwegnetzes und die Beseitigung von Lücken im Radwegenetz, um die Erreichbarkeit von Einkaufsstätten, Behörden, Schulen usw. auch mit dem Fahrrad zu erleichtern.
- dass die Radwegenetze über die Kreis- und Landesgrenzen hinaus geplant und umgesetzt werden müssen.
- dass angemessene Geschwindigkeitsbegrenzungen für den Kraftfahrzeugverkehr vor allem Außerorts, den tatsächlichen Gefährdungslagen gerecht werden.
- eine ausreichende Zahl von Parkplätzen im städtischen Bereich zu schaffen.

1.6. Straßenbeiträge

Die AfD fordert die teilweise Streichung des § 11 im Kommunalabgabengesetz, wonach Gemeinden und Landkreise zur Deckung ihres Aufwands für den Umbau und Ausbau von öffentlichen Straßen und Plätzen Beiträge erheben können. Die Erhebung von Straßenbeiträgen belastet die betroffenen Bürger in einem unverhältnismäßigen Umfang und ist schlicht unsozial. Die Menschen dürfen nicht durch eine Straßenbeitragsatzung und die damit verbundene Umlegung der Kosten auf die Anwohner in eine zusätzliche, möglicherweise langjährige finanzielle Belastung in oftmals fünfstelliger Höhe gedrängt werden. Selbstverständlich muss dies in Abstimmung zwischen den Kommunen und dem Land erfolgen. Die AfD wird sich auf Landesebene dafür stark machen die Erhebung von Straßenbeiträgen mittelfristig für ganz Hessen zu streichen. Die Sanierungsvorhaben müssen abgestimmt werden, damit die Kommunen nicht über Gebühr planen.

1.7 Vereine

In den Vereinen des Main-Kinzig-Kreises engagieren sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger. Kultur, Sport, Kleintierhaltung und Tierschutz sind neben vielem anderen die Themen, für die sich viele Menschen im Main-Kinzig-Kreis im Rahmen dieser Vereine einsetzen. Sie sind ein wichtiger Teil für Freizeit und Erholung. In ihnen spielt sich ein großer Teil des sozialen Engagements im Kreis ab.

Leider geben viele dieser auch alteingesessenen Vereine auf. Die Ursachen sind vielfältig. Oft fehlt es am Nachwuchs, weil das Interesse vor allem junger Menschen, sich in Vereinen zu engagieren schwindet.

Besonders in dieser Zeit geraten auch durch die Corona – Maßnahmen immer mehr dieser Vereine in Schwierigkeiten. Neben finanziellen Nöten ist die signifikante Einschränkung des Vereinslebens ein großes Problem.

Wir erwarten vom Main-Kinzig-Kreis und seinen Gemeinden, die Vereine sowohl finanziell als auch beim Bewältigen bürokratischer Anforderungen zu unterstützen. Insbesondere bei der Beantragung von finanziellen Hilfen im Rahmen der Corona Sofortprogramme muss es dazu für die Vereine kompetente Ansprechpartner in den Verwaltungen geben.

1.8 Wohnungspolitik

Wohnraum, den sich die Bürger finanziell leisten können, ist im Main-Kinzig-Kreis vor allem in den Ballungsgebieten, aber auch in den Städten und Gemeinden entlang der A66 knapp und daher teuer. Dieses Problem kann auf Dauer nur durch die Schaffung neuer und am besten preisgünstiger Wohnungen behoben werden. Die inzwischen vielerorts eingeführte Mietpreisbremse ist aber kein geeignetes Mittel, steigende Mietpreise zu stoppen oder gar zu reduzieren. Private Investoren, ohne die diese Aufgabe nicht zu schaffen ist, werden verunsichert und sind nur noch in geringerem Maße bereit, in den Wohnungsbau zu investieren.

Daher unterstützen wir alle wirksamen und nachhaltigen Maßnahmen, die den Wohnungsbestand deutlich erhöhen. Soweit es in der Hand des Kreises liegt, müssen bürokratische Hürden im Bereich des Wohnungsbaus abgebaut werden. Gemeinschaftliche Wirtschaftsunternehmen in Form von Genossenschaften müssen weiter gefördert werden. Wir unterstützen deren Ziel, Mitglieder langfristig und auf Dauer mit guten Wohnungen zu versorgen und bei Bedarf durch Mietzuschüsse zu unterstützen.

Historisch gewachsene Ortsbilder sind zu erhalten, da das architektonische Erbe ein wichtiger Teil unserer Identität ist. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass bei der Vergabe von Fördermitteln für den ländlichen Raum diese Aufgabe stärker berücksichtigt wird.

1.9 Ver- und Entsorgung

Die AfD des Kreises wird sich dafür einsetzen, dass einerseits die Preise für Strom und Wasser für die Menschen im Kreis auf niedrigem Niveau gehalten oder gesenkt werden. Ebenso dürfen die Preise für die Abholung von Müll nicht weiter steigen.

Da mit den Kreiswerken ein starker Versorger von Strom und Wasser im Besitz des Kreises ist, wird die künftige AfD-Fraktion aktiv auf die entsprechende Politik Einfluss nehmen. Bekanntermaßen gehören die Strompreise in Deutschland weltweit zu den höchsten. Die Ursache dafür ist die völlig wirkungslose, aber ungeheuer teure Energiewende mit dem immer weiter fortschreitenden Ausbau sogenannter „alternativer“ Energien, an denen sich der Kreis mit Wind- und Solarparks beteiligt. Die AfD wird sich weiter dafür einsetzen, dass dieses Engagement heruntergefahren und im besten Fall beendet wird.

Bei der Müllentsorgung bereitet offensichtlich die private Trennung von Bio- und Restmüll Probleme. Ein seit etwa 2015 stetig zunehmender Anteil von Plastik in den braunen Mülltonnen führt zu deutlich höheren Kosten bei der Herstellung von zertifiziertem Kompost aus dem anfallenden Bioabfall. Die AfD im Main-Kinzig-Kreis wird sich auch hier für Maßnahmen und Aktionen einsetzen, die die Situation wieder auf einen akzeptablen Zustand zurückzuführen.

2. Finanzen

2.1 Kreisfinanzen

2.1.1 Kreisumlage

Der Main-Kinzig-Kreis finanziert sich zu einem erheblichen Teil aus der Kreisumlage und der Schulumlage. Die Schulumlage ist dabei so festzusetzen, dass die Kosten, die dem Landkreis aus der Belastung der Schulträgerschaft entstehen, gedeckt sind.

Die Festsetzung der Höhe der Kreisumlage obliegt dagegen dem Kreistag. Sie berechnet sich über einen prozentualen Hebesatz aus der Steuerkraft der Gemeinden und den Schlüsselzuweisungen. Der Hebesatz lag vor 4 Jahren im Main-Kinzig-Kreis noch bei knapp 37%. Vor allem für Städte und Gemeinden mit knappen eigenen Mitteln führt die Zahlung der Kreisumlage zu Problemen, die am Ende nur durch die Erhöhung der kommunalen Steuern gelöst werden können. Diese Steuern (vor allem die Grundsteuer B) treffen die Bürger der Städte und Gemeinden direkt.

Die AfD im Main-Kinzig-Kreis hat sich daher in der Vergangenheit stets dafür eingesetzt, die Kreisumlage so niedrig wie möglich zu halten. Es ist nicht zuletzt auch den wiederholten Anträgen der AfD-Fraktion im Kreistag zu verdanken, dass im Doppelhaushalt 2020/21 diese Umlage im Vergleich zu 2017 um 2 Prozentpunkte niedriger angesetzt wurde. Die AfD begrüßt daher, dass der Kreis im Nachtragshaushalt für 2021 die Kreisumlage nochmal um 2.5% gesenkt hat.

Es wird auch in der Zukunft ein wichtiges Anliegen des finanzpolitischen Programms der AfD sein, die Kreisumlage auf einem niedrigen Niveau zu halten.

2.1.2 Schulen

Die AfD begrüßt und unterstützt die anlaufende Ausrüstung der Schulen mit modernen Kommunikationsmitteln. Der von der Bundesregierung verabschiedete Digitalpakt sichert allerdings nur einen Teil der dafür entstehenden Kosten. Die AfD wird sich in Zusammenarbeit mit der AfD-Landtags- und der AfD-Bundestagsfraktion dafür einsetzen, dass diese Kosten in deutlich höherem Maße von Land und Bund getragen werden.

2.1.3 Main-Kinzig-Kliniken

Trotz des bereits beschriebenen grundsätzlichen Bekenntnisses für die kreiseigenen Kliniken wird sich die AfD dafür einsetzen, dass die beträchtlichen Mittel, die der Kreis den Kliniken regelmäßig zur Verfügung stellt, ökonomisch und verantwortungsvoll eingesetzt werden.

2.1.4 Förderung Wohnungsbau

Die politischen Grundsätze der AfD im Main-Kinzig-Kreis zur Wohnungspolitik des Kreises sind bereits im Abschnitt 1.8 beschrieben.

Da sich der Main-Kinzig-Kreis selbst aktiv mit verschiedenen Programmen engagiert, um vor allem preiswerte Wohnungen zu schaffen, wird die AfD diese Aktivitäten kritisch hinterfragen. Der finanzielle Aufwand ist hinsichtlich des erreichten Ergebnisses zu überprüfen.

2.2 Beteiligungen des Kreises

§ 52 HKO legt fest, dass „für die Wirtschaftsführung des Landkreises ... die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu erlassenen Übergangs- und Durchführungsbestimmungen ... der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend“ gelten. Die Grundsätze für die Wirtschaftsführung des Landkreises sind in § 121 HGO festgelegt: Der Kreis darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn erstens der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, zweitens die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht und drittens der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Der Main-Kinzig-Kreis hat unter den hessischen Landkreisen die meisten Beteiligungen. Die AfD im Main-Kinzig-Kreis wird weiterhin kritisch hinterfragen, ob alle diese Beteiligungen den genannten Vorgaben der HKO und der HGO genügen. Firmen im Besitz des Kreises dürfen nicht als Versorgungseinrichtungen für Mitglieder von Parteien missbraucht werden, indem in diesen Unternehmen Arbeitsplätze wohlwollend vergeben werden.

Die AfD im Main-Kinzig-Kreis wird besonderes Augenmerk auf die Engagements des Kreises an Firmen legen, die direkt oder indirekt der Erzeugung von Strom dienen. Als offizielle Begründung wird regelmäßig, im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorgaben, die Durchsetzung der Energiewende herangezogen.

Insbesondere wird vor allem beim Betrieb von Windparks § 121 HKO, Absatz 1a, Satz 3 verletzt, wonach der Betrieb in „besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen“ ist.

3. Energiewende

3.1. Windkraft

Die AfD im Main-Kinzig-Kreis hat sich als einzige Partei seit ihrer Gründung konsequent und ohne Wenn und Aber gegen den Ausbau von Windkraft im Kreisgebiet eingesetzt und wird das auch in Zukunft tun.

Die vor allem durch die AfD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode im Kreistag erzwungenen Debatten zum Thema Windkraft haben das bewiesen. Diese Debatten im Kreistag haben aber auch gezeigt, dass sich die Einstellung der Kreisspitze in keiner Weise geändert hat – denn die Kreisspitze will Windkraft im Kreis weiter durchsetzen. Die berechtigten Sorgen und Ängste der betroffenen Menschen in den ländlichen Gemeinden in Linsengericht waren es 2013 beispielsweise über 60 % der Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Windkraft entschieden haben - spielen für die Kreisspitze keine Rolle.

Auch von den meisten Bürgermeistern im Kreis ist kaum Hilfe zu erwarten. Das zeigt unter anderem die Erklärung von knapp zwei Dutzend der Rathauschefs vom Februar 2019 zur gerechteren Verteilung der Belastung durch Windräder in Hessen. Eine Absichtserklärung die ohne Konsequenzen geblieben ist und wohl nur als Beruhigungsspiel gedacht war. Das Fazit ist eindeutig. Wer die Natur im Main-Kinzig-Kreis schützen und die gute Lebensqualität erhalten will, muss bei der Kommunalwahl 2021 die AfD wählen. Die FDP hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, von ihrem populistischen Widerstand gegen den Ausbau der Windkraft verabschiedet.

Daher ist die AfD die einzige Partei im Kreis mit dem unveränderten Ziel, den Windkraftwahnsinn mit parlamentarischen Mitteln einzudämmen oder zu beenden.

Dass dieses Thema äußerst konfliktträchtig ist, sollte jeder Politiker wissen. Die Konflikte könnten entschärft werden,

wenn die etablierte Politik, Projektierer und Betreiber auf die Sorgen der Menschen Rücksicht nehmen würden. Größere Abstände zu allen Wohngebieten (mindestens das Zehnfache der Höhe der Windräder), Verzicht der Errichtung in den Wäldern, konsequente Beachtung des Naturschutzes zum Schutze von seltenen, teilweise vom Aussterben bedrohter Tiere wären Maßnahmen, für die sich normalerweise jeder Kommunalpolitiker mit Engagement einsetzen müsste. Das wären Kompromisslinien, über die zu sprechen wäre. Das Totschlagargument, das Weltklima müsse gerettet werden, ist keine Basis für irgendwelche Gespräche.

Die AfD im Main-Kinzig-Kreis wird den Ausbau der Windkraft im Kreis auf jeden Fall auch in der kommenden Wahlperiode zu einem ihrer wichtigen Themen machen. Dafür wirbt sie um möglichst viele Stimmen im gesamten Kreisgebiet.

3.2 Engagement des Kreises in Photovoltaik (PV) und anderen „alternativen“ Energieprojekten

Mit anderen Engagements des Kreises in Photovoltaik und „alternativen“ Energieprojekten wird sich die AfD des MKK auf der Basis der Vorgaben der HKO und der HGO auseinandersetzen. Die Einhaltung der Grundsätze für eine Beteiligung des Kreises an entsprechenden Unternehmen wurde bereits beschrieben.

4. Naturschutz versus Klimaschutz

„Umweltschutz mit Sachverstand anstelle von sinnlosem Klimaschutz“ wird einer der wichtigen Grundsätze der Politik der AfD im Main-Kinzig-Kreis sein.

Eine gesunde und artenreiche Umwelt ist die Lebensgrundlage für unsere Generation und den zukünftigen Generationen. Der Main-Kinzig-Kreis ist noch reich an wertvollen natürlichen Lebensräumen, die Rückzugsmöglichkeiten für Tiere und Lebensraum für Pflanzen bieten. Diese gilt es zu schützen und zu erhalten. Die schleichende Umwandlung des Waldes im Main-Kinzig-Kreis in eine Industrielandschaft durch die Errichtung von immer mehr Windrädern lehnen wir wie bereits beschrieben mit aller Konsequenz ab.

4.1 Biodiversität

Das Insektensterben und der Rückgang vieler, eigentlich für unsere Landschaft typischer Tierarten, ist inzwischen auch im Main-Kinzig-Kreis unübersehbar. Dieser mit dem Begriff Rückgang der „Biodiversität“ bezeichnete Vorgang hat viele Ursachen. Anzusprechen sind die immer weiter fortschreitende Bodenversiegelung, Monokulturen in der Landwirtschaft, zunehmende „Lichtverschmutzung“ in den Wohngebieten und die Mode der steril gepflegten Privatgärten ohne jegliches Grün, um nur das Wichtigste zu nennen.

Die AfD im Kreis wird sich weiterhin mit Sachverstand für einen möglichst umfänglichen Schutz der Umwelt und insbesondere für den Schutz der „Biodiversität“ einsetzen. Die Bodenversiegelung ist zum Teil die Folge der progressiven Ausweisung von immer mehr neuen Gewerbegebieten. Weiterhin erschließen die Städte und Gemeinden Stück um Stück neue Wohngebiete. Auch wenn diese Maßnahmen für die Attraktivität und für die Wirtschaftskraft des Kreises notwen-

dig erscheinen, müssen hier tragbare Kompromisse mit dem Naturschutz gefunden werden. Der Flächenverbrauch von landwirtschaftlich wertvollen Böden muss gebremst werden. Bauernland gehört in Bauernhand! Wir werden uns dafür einsetzen, dass den Städten und Gemeinden des Kreises Fachpersonal für entsprechende Beratungen zur Verfügung steht.

Wir werden uns weiter dafür stark machen, dass Altholzbestände und Feuchtbiotobe erhalten werden. Die AfD unterstützt ebenfalls das Programm, Wegeränder naturnah zu erhalten. Fördermittel in angemessener Höhe sind dafür zur Verfügung zu stellen.

4.2 Tierschutz

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe und es gehört zu unserer moralischen Verpflichtung jegliches Tierleid zu vermeiden.

Aus diesem Grund lehnen wir Tiertransporte, oft quer durch die EU, in Billiglohnländer ab. Jeglicher Tiertransport bedeutet großen Stress für die Tiere. Alternativ setzen wir uns für die Einrichtung kleinerer, regionaler Schlachthöfe ein. Weiterhin wollen wir die regionale Weideschlachtung fördern.

Schächten, also betäubungsloses Schlachten, ist in Deutschland grundsätzlich verboten, obwohl es dafür noch immer Ausnahmegenehmigungen gibt. Die AfD setzt sich für ein vollständiges Verbot dieser Tierquälerei ein. Es darf auch keine Ausnahmen aus religiösen oder kulturellen Gründen geben. Wir werden uns im Main-Kinzig-Kreis klar und deutlich für die Einhaltung des Tierschutzgesetzes in Bezug auf das Verbot des Schächtens einsetzen.

4.3 Jagd

Wir setzen uns für Bewahrung der Jagd als Form des aktiven Naturschutzes ein. Zur Jagd gehört auch die Hege, die sich als Form der Naturbewirtschaftung seit vielen Jahrhunderten bewährt hat.

Wir setzen uns für die Beibehaltung des jetzigen Waffen-erwerbs und Besitzrecht der Jägerinnen und Jäger sowie der Sportschützen ein. Eine Verschärfung des Waffenrechts lehnen wir ab.

Mit dem Hintergrund der Prävention vor der ASP (Afrikanische Schweinepest) setzen wir uns dafür ein, dass für Trichinenproben bei Schwarzwild keine Gebühren anfallen.

4.4 Wölfe

In Hessen ist in den vergangenen Jahren der hier seit langem als ausgestorben geltende Wolf wieder nachgewiesen. Auch im Main-KinzigKreis wurden Wölfe gesichtet. Nutztierhalter haben infolgedessen zunehmende Sorgen, da insbesondere Schafe eine attraktive Beute für Wölfe sind.

Auch engagierte Tierschützer sollten verstehen, dass Wölfe keine Kuschtiere und als Beutegreifer nicht zu unterschätzen sind. In einer dichtbesiedelten Region wie dem MKK muss daher sichergestellt sein, dass Weidetiere wie Schafe, Kühe und Pferde gut geschützt leben können. Bei einem sprunghaften Anstieg der Wolfspopulation ist auch mit Schäden im Main-Kinzig-Kreis zu rechnen.

Wölfe sind derzeit in Deutschland im Anhang IV der FFH-Richtlinie als „streng geschützt“ eingestuft und genießen damit den höchstmöglichen Schutz. Die AfD plädiert dafür, den Wolf wie in anderen EU-Ländern im FFH-Anhang V zu listen und ins Jagdrecht aufzunehmen. Damit würde auch in Deutschland seine planmäßige Bejagung ermöglicht.

Derzeit zahlt die hessische Landesregierung zum Herdenschutz für Schafe und Ziegen einen Betrag von 40,00€ pro ha für einen Herdenschutzzaun. Dieser Betrag ist bei weitem nicht ausreichend. Wir werden uns für eine angemessenen Erhöhung dieses Betrages einsetzen. Wir fordern weiter, die bei weitem nicht ausreichende Entschädigung bei tatsächlich von Wölfen gerissenen Tieren unbürokratisch zu erhöhen. Wir werden uns dazu für eine flächendeckende Beratung der Weidetierhalter einsetzen.

5. Wirtschaft im MKK

5.1 Einzelhandel, Mittelstand und Handwerk

Wir haben in Hessen insgesamt eine hocheffiziente Wirtschaft, zu der der Main-Kinzig-Kreis mit seinen Unternehmen einen maßgeblichen Beitrag leistet. Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg ist die soziale Marktwirtschaft mit einem fairen Wettbewerb auf den Märkten. Wie bereits in Abschnitt 2.2 angesprochen, hat inzwischen auch die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand, hier des Main-Kinzig-Kreises eine ständig zunehmende Bedeutung. Die hessische Gemeindeordnung setzt aber hierbei den Landkreisen und den Städten und Gemeinden enge Grenzen. Diese Grenzen werden durch ausgelagerte kommunale wirtschaftliche Aktivitäten der Gebietskörperschaften überschritten. Im Main-Kinzig-Kreis wird das aus dem hohen Stand seiner „Beteiligungen“ deutlich. Das Prinzip einer größtmöglichen Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Unternehmen und der Wettbewerbsgedanke werden damit zulasten der Steuerzahler verletzt. Die AfD im Main-Kinzig-Kreis wird sich dafür einsetzen, dass die diesbezüglichen Regelungen der HKO (Hessische Landkreisordnung) und der HGO (Hessische Gemeindeordnung) zur Regelung kommunaler Wirtschaftstätigkeit eingehalten werden.

Dazu heißt es im §121 HGO - Die „Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn ... der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt“. In der HKO wird entsprechend auf diesen § verwiesen und bindet so auch die Landkreise an diese gesetzliche Vorgabe. Entsprechend unterstützt die AfD im Main-Kinzig-Kreis das Engagement des Kreises in den Betrieben, die zur Grundversorgung der Bürger beitragen. Wie bereits angesprochen, hat die Corona-Krise gezeigt, dass gerade Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft besser aufgestellt waren und flexibler reagieren konnten.

Die AfD setzt sich für ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld ein. Wir wollen in größerem Umfang Bürokratie abbauen und damit insbesondere kleine sowie mittelständische Unternehmen von unnötigen Kosten entlasten. Die AfD setzt sich dafür ein, Mittelstand und Existenzgründer stärker zu fördern. Das sind die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die mit Erfindungsreichtum, Mut und Ausdauer Arbeitsplätze schaffen und so dazu beitragen, den Wohlstand in unserem Land zu sichern.

Die AfD fordert, dass Anträge an die Behörden zeitnah, zumindest aber innerhalb festgelegter Fristen, entschieden werden. Jede Firma braucht Planungssicherheit, ansonsten werden Investitionen ausbleiben. Insbesondere für Investitionen müssen die erforderlichen politischen Entscheidungen schnell und unbürokratisch getroffen werden.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung der Wirtschaft im Main-Kinzig-Kreis hat für seine Attraktivität eine hohe Bedeutung. Leider hat diese Weiterentwicklung in vielen Fällen einen signifikanten Flächenverbrauch in Form der Ausweisung immer neuer Gewerbegebiete zur Folge. Die AfD des Kreises wird sich dafür einsetzen, dass im engen Dialog mit den Beteiligten Kompromisse mit hoher Akzeptanz gefunden werden.

5.2 Entwicklung ländlicher Raum

Im ländlichen Raum geben immer mehr kleinere Geschäfte und Dienstleistungseinrichtungen auf. Das sind die kleineren „Tante Emma“ – Läden, welche die Bevölkerung mit Dingen des täglichen Bedarfs versorgen, Fleischereien, Apotheken, Poststellen und viele mehr. Die Folgen sind zum einen, dass die Kunden immer größere Strecken mit dem Auto fahren müssen, nur um z.B. ein Brot oder etwas Gemüse einzukaufen.

Zum anderen wird es vor allem für die älteren Bürgerinnen und Bürger zunehmend schwierig, sich überhaupt noch selbstständig zu versorgen. Die beim Einkauf ebenfalls so wichtigen Kontakte bleiben ebenfalls auf der Strecke.

Unser Ziel ist es weiter, die Direktvermarktung durch die bäuerlichen Betriebe zu unterstützen. Dadurch bleibt die Wertschöpfung beim Landwirt oder auch in den regionalen Geschäften. Die Verbraucher sehen, woher ihre Lebensmittel kommen und werden dann auch ein besseres Verständnis für die Arbeit der Landwirte entwickeln. Es scheint so, als würde sich hier eine Marktnische für landwirtschaftliche Produkte erschließen, ein Vorgang, den wir gerne fördern möchten. Eine bürgernahe Versorgung vermeidet lange Wege und dient auch dem Schutz unserer Umwelt und Natur.

Die AfD wird sich im Kreis dafür einsetzen, dass finanzielle Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums vor allen auch für den Erhalt dieser kleineren Geschäfte und Dienstleistungseinrichtungen und für die Direktvermarktung bäuerlicher Betriebe eingesetzt werden. Die Gesamthöhe der Förderung des ländlichen Raums muss aus diesen Gründen beträchtlich erhöht werden.